

Krisen-TV

Die Politisierung der Eurorettung in deutschen Talkshows

Dennis Lichtenstein / Alexandra Polownikow

Der Beitrag befasst sich mit dem Politisierungsgrad der Eurorettung in deutschen Polit-Talkshows und schließt an die Diskussion zur Europäisierung von Öffentlichkeit und zur Demokratisierung der EU an. Mit einer quantitativen Inhaltsanalyse von Sendungen aus drei Jahren (2010 bis September 2013) werden die Positionen verglichen, die Regierung, Opposition und Akteure mit Expertenstatus auf einer ökonomischen (Marktliberalität vs. Sozialpolitik) und einer kulturellen (nationale Souveränität vs. Vertiefung der Integration) Konfliktlinie zur Eurorettung einnehmen. Auf der ökonomischen Konfliktlinie resultiert ein hoher Politisierungsgrad aus gegensätzlichen Positionen von Regierung und Opposition. Auf der kulturellen Konfliktlinie besteht im Parteienpektrum ein pro-europäischer Konsens. Ein Konflikt ergibt sich hier erst durch die Inklusion EU-kritischer Wirtschaftsexperten. Die Sendungen ermöglichen so eine umfassende Politisierung der Eurorettung, die für die Demokratisierung der EU konstitutiv ist, und sorgen zugleich dafür, dass der Parteienkonsens auf der kulturellen Konfliktlinie herausgefordert wird. In der direkten Konfrontation im Rahmen der Sendungen bringen die Parteien daraufhin ihre pro-europäische Haltung aktiv in den Streit zur Eurorettung ein und fördern damit die Europäisierung von Öffentlichkeit.

Schlüsselwörter: Politisierung, Eurokrise, Talkshow, Europäische Öffentlichkeit, Inhaltsanalyse

1. Einleitung

Seit der faktischen Staatspleite Griechenlands im Frühjahr 2010 wird in den Medien eine Dauerdebatte um die Zukunft der europäischen Währungsgemeinschaft geführt. Dabei speist sich die Wahrnehmung einer „Eurokrise“ aus offenen Spekulationen über einen Zusammenbruch der Eurozone.¹ In Hinblick auf die Ursachen der befürchteten „Eurokatastrophe“² gehen die in den Medien abgebildeten Sichtweisen aber auseinander. Statt einer einheitlichen Definition der Kernprobleme und ihrer Wurzeln fungiert die Eurokrise als ein Sammelbegriff für mehrere miteinander verbundene europäische Krisen (Lepsius 2013). Sie ist eng verknüpft mit der in den USA ausgelösten Immobilien- und Bankenkrise 2007 und hat sich im Zuge der Bankenrettung auf die Staatshaushalte einer Reihe europäischer Länder ausgeweitet. Infolge des Krisenmanagements haben die ökonomischen Verwicklungen unter anderem durch den Einsatz von Expertenregierungen und einen starken Reformdruck auf die in Not geratenen Länder auch deren Sozialsysteme und Demokratien erreicht. Im Streit um Solidarleistungen und Reformen findet die Krise einerseits auf zwischenstaatlicher Ebene statt. Andererseits wird sie angesichts der Bereitstellung enormer Ressourcen im Rahmen der Rettungspakete und Rettungsschirme auch in Deutschland als eine Gefahr für Sparguthaben und Renten diskutiert (Eu-

1 Stellvertretend für viele Sarrazin 2012 sowie die *Spiegel*-Titel vom 20. Juni 2011 („Plötzlich und unerwartet. Nachruf auf eine gemeinsame Währung“) und vom 25. Juni 2012 („Wenn der Euro zerbricht. Ein Szenario“).

2 „Die Angst wächst: Eurokatastrophe now?“ lautete der Titel der Sendung *Menschen bei Maischberger* (ZDF) vom 18. Oktober 2011.

ropean Parliament 2012). Zwar haben sich die Krisenwahrnehmungen nach der Stabilisierung Zyperns Anfang 2013 zumindest in Deutschland zwischenzeitlich beruhigt, ein Ende der Krise ist jedoch nicht absehbar. Das belegen nicht nur die Niedrigzinspolitik und Anleiheprogramme der EZB, sondern auch der Erfolg der linksgerichteten Partei Syriza bei den Parlamentswahlen in Griechenland im Januar 2015 und die neuen Streitigkeiten um Kredite und Sparauflagen.

In dieser kaum überschaubaren „Vielfachkrise“ (Demirović et al. 2011) steigt bei den Bürgern der Bedarf an Informationen (Mast 2013). Darauf zu reagieren, ist die Aufgabe der Massenmedien (Ruhrmann 1998). Als Foren der öffentlichen Debatte machen sie die Auseinandersetzung über die Ursachen und Gefahren der Krise sowie über Risiken und Chancen der Entscheidungen im Krisenmanagement für ein breites Publikum wahrnehmbar. Als Akteure im Diskurs liefern sie außerdem Interpretationen zur Krise und fordern die Politik zu Stellungnahmen und Begründungen der getroffenen Maßnahmen heraus (Ettema 2007). Die Medienberichterstattung ermöglicht es den Bürgern, sich Meinungen zur Krise und zur Rettungspolitik zu bilden, und sensibilisiert sie für deren mögliche Folgen. Einige Autoren sehen die Eurokrise als einen Meilenstein auf dem Weg zu einer europäischen Öffentlichkeit (Habermas 2011), in der Fragen der EU-Politik in den nationalen Medien sichtbar und in europäischen Diskursen als gemeinsame Probleme diskutiert werden. Indem die Krise medienübergreifend eine hohe Aufmerksamkeit auf sich zieht (Artl/Storz 2011; Gäbler 2011; Zapf-Schramm 2013), bietet sie Chancen für einen öffentlichen Reflexionsprozess zur EU-Politik zwischen und in den EU-Ländern (Lichtenstein 2012). Im Gegensatz zu einer solchen Europäisierung von Öffentlichkeit kann die Krise bei einer Hervorhebung nationaler Interessen in europäischen Verteilungswettbewerben und Schuldzuweisungen an „Pleite-Griechen“ (BILD 2010) und „Zypri-Idioten“ (Blome 2013) aber auch zu einer Renationalisierung von Öffentlichkeit führen (Risse 2015).

Bezogen auf die Frage nach europäischen Diskursen hängt Europäisierung von den Konfliktstrukturen in der Debatte zur Eurorettung ab. Dabei stellen nationale politische Eliten einen wichtigen Filter dar (Pfetsch/Heft 2015), deren Stellungnahmen die Medien in der EU-Berichterstattung vorrangig als Quellen heranziehen (Hepp et al. 2012; Kopmans et al. 2010). Ihre Positionen werden durch Beiträge weiterer Akteure ergänzt, die aufgrund ihrer Expertise und ihres Prestiges in den Medien Gehör finden.

Der Beitrag untersucht den öffentlichen Streit zur Eurorettung in Deutschland und fokussiert dabei auf das konflikthaltige Genre politischer Talkshows. Er fragt nach der Intensität des Streits auf den darin abzulesenden Konfliktstrukturen und der dadurch indizierten Europäisierung oder Renationalisierung von Öffentlichkeit. Dazu wird zunächst der öffentliche Streit zur Eurorettung als Politisierung von EU-Themen durch verschiedene Akteure erörtert (2). Als mögliche Triebkräfte der Politisierung werden die politischen Parteien (2.1) und andere Akteure mit Expertenstatus (2.2) diskutiert. Die sich daraus ergebenden Forschungsfragen und Hypothesen zur Politisierung der Eurorettung (2.3) werden mithilfe einer quantitativen Inhaltsanalyse im Zeitraum zwischen dem Beginn der Eurokrise 2010 und den Bundestagswahlen 2013 untersucht. Nach Darlegung der Methode (3.) werden die Daten hinsichtlich der Ausfüllung politischer Konfliktlinien durch Parteien und andere Akteure, die in den Medien als Experten³ zu Wort kommen, analysiert (4.). Abschließend werden die Befunde in Hinblick auf die Euro-

3 Um die Lesbarkeit des Beitrags zu erleichtern, wird bei Personenbezeichnungen das generische Maskulinum verwendet. Es sind jedoch, sofern nicht explizit anders angegeben, beide Geschlechter gemeint.

päisierung von Öffentlichkeit durch eine mehr oder weniger starke Politisierung der Eurorettung diskutiert (5).

2. Akteure in der Politisierung der Eurorettung

Während die kommunikationswissenschaftliche Forschung zur europäischen Öffentlichkeit nach der medialen Sichtbarkeit der EU (Eilders/Voltmer 2003; Trenz 2004) und der Emergenz europäischer Diskurse fragt (Eder/Kantner 2000), werden europapolitische Kontroversen in der Politikwissenschaft als Politisierung von EU-Themen diskutiert (de Wilde/Zürn 2012; Hurrelmann et al. 2015; Risse 2015). EU-Themen beziehen sich auf grundlegende Fragen der Zugehörigkeit und Zusammengehörigkeit in der EU, auf ihre verfassungsrechtliche Ausgestaltung oder auf einzelne politische Entscheidungen (Guinaudeau/Persico 2013; Risse 2015). Ihre Politisierung meint einen Prozess, in dessen Verlauf die Aufmerksamkeit für das jeweilige EU-Thema steigt und sich die Meinungen dazu polarisieren (de Wilde 2011). Insbesondere die Politisierung von Themen der konkreten Politikgestaltung wird in einer normativen Perspektive als konstitutiv für die Legitimation und die Demokratisierung der EU gesehen (Eder/Trenz 2004; Risse 2010). Sie bedarf jedoch oppositioneller Konfliktstrukturen, deren Ausprägung in den Ländern eine Depolitisierungsstrategie verschiedener Parteien der politischen Mitte entgegensteht (de Wilde/Zürn 2012; Miklin 2014; Risse 2010). Da die Parteien das europäische Projekt in wechselnder Regierungsverantwortung vorangetrieben haben, behandeln sie EU-Themen oft konsensual und zeigen innen- wie außenpolitisch eine konsistente pro-europäische Linie oder thematisieren die EU-Politik bewusst nicht öffentlich und beugen so Kritik an der Integration vor (Wimmel 2012).

Auch in der Eurokrise ist Depolitisierung eine Strategie, um in der Rettungspolitik schnell Entscheidungen zu treffen (de Wilde/Zürn 2012). Allerdings sorgt die starke Betroffenheit der Nation und der Bürger von der Eurorettung für EU-skeptische Stimmen in der Bevölkerung und eine kritische Medienberichterstattung. Sie setzt die Parteien unter Druck, Position zur Rettungspolitik zu beziehen und das Thema aktiv in ihren Streit aufzunehmen (Green-Pedersen 2012; Risse 2015; Statham/Trenz 2013). Dabei können sie das Thema strategisch besetzen und Aspekte der Krise hervorheben, die sich durch die ihnen zugeschriebenen Kernkompetenzen bearbeiten lassen (Guinaudeau/Persico 2013). Auch andere Öffentlichkeitssprecher erhalten die Möglichkeit, Expertise beizusteuern und den Diskurs um ihre Positionen zu erweitern. Sowohl von Seiten der Parteien als auch von Akteuren mit Expertenstatus ergeben sich damit Potenziale für die Politisierung der Eurorettung.

2.1 Politisierung durch Parteien

Die strategische Einbindung von EU-Themen in den Parteienstreit wird von einer Reihe von Autoren über Experteninterviews (Bakker et al. 2012; Hooghe et al. 2002), Medieninhaltsanalysen (Helbling et al. 2010; Kriesi et al. 2006; Statham/Koopmans 2009; Statham/Trenz 2013) und Untersuchungen von Parlamentsdebatten (Wimmel 2012; Wimmel/Edwards 2011) erhoben. Auf Basis der Befunde lassen sich die Parteipositionen auf einer ökonomischen und einer kulturellen Konfliktlinie verorten. Die ökonomische Dimension, auf der sich das politische Links-Rechts-Spektrum gründet, bezieht sich auf die Auseinandersetzung zwischen dem sozialdemokratischen Prinzip eines regulierten Kapitalismus und einer marktliberalen Perspektive (Statham/Koopmans 2009). Dabei wenden sich die konservativen und liberalen Parteien – in Deutschland CDU, CSU und FDP – dem Binnenmarkt zu, distanzieren sich aber von Regulierungen z. B. in der Ar-

beitsmarkt- und Umweltpolitik (Wimmel/Edwards 2011). Umgekehrt begegnen die linken Parteien der Marktliberalisierung mit Skepsis (Hooghe/Marks 2013). Zu ihren Wählern zählen sozial schwächer gestellte Bürger, die vor allem die Risiken des Wettbewerbs auf dem Binnenmarkt spüren (Helbling et al. 2010; Kriesi et al. 2006). In Deutschland orientieren sich die Linke und spätestens seit dem Vertrag von Lissabon auch die SPD und die Grünen daher in Richtung eines sozialen Europas (Wimmel/Edwards 2011) und einer gesamteuropäischen Marktregulierung (Hooghe/Marks 2013).

Die zweite, kulturelle Konfliktlinie betrifft den Gegensatz zwischen nationaler Autonomie und einer tiefgehenden europäischen Integration (Hooghe et al. 2002). Dabei positionieren sich traditionelle, autoritäre und nationalistische Parteien in unterschiedlicher Abstufung kritisch gegenüber EU-Direktiven und der Freizügigkeit, um die nationale Gemeinschaft und ihre Selbstbestimmtheit zu verteidigen (Hooghe/Marks 2013). Auf dieser Konfliktlinie äußern sich rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien (Hooghe/Marks 2009; Szczerbiak/Taggart 2008), wie in Deutschland die parlamentarisch nicht vertretenen Parteien NPD, Republikaner und die AfD, besonders kritisch. Auch konservative Parteien wie die CDU betonen die Wahrung nationaler Interessen und Kultur in der EU (Kriesi et al. 2006), priorisieren in der Regel aber Themen auf der ökonomischen Dimension (Hooghe/Marks 2013). Die entgegengesetzte Perspektive verfolgen alternative, grüne und liberale Parteien, die auf Basis postmaterieller Werte gegenüber einem europäischen, allerdings stärker demokratisierten Gestaltungsrahmen (Bakker et al. 2012; Statham/Koopmans 2009) aufgeschlossen sind. Diese kosmopolitische Sicht teilen linke und sozialdemokratische Parteien (Helbling et al. 2010), sie verteidigen nationale Interessen gegenüber der EU aber in Hinblick auf die Stabilität der eigenen Sozialsysteme (Kriesi et al. 2006).

Für die Parteien bietet vorrangig die ökonomische Konfliktlinie Anreize zu einer Politisierung von EU-Themen. Anders als auf der kulturellen Konfliktlinie verläuft der politische Streit dann zwischen Parteiblöcken auf der linken und der rechten Seite des politischen Spektrums, die sich üblicherweise als Regierung und Opposition gegenüberstehen (Green-Pedersen 2012). In der Eurokrise ist diese Möglichkeit gegeben, da hier die Prinzipien Umverteilung und Marktfreiheit miteinander konfrontiert werden. Dabei kann jedoch den Regierungsparteien, die direkt am Krisenmanagement im europäischen Rat beteiligt sind, nur ein geringes Interesse an der Politisierung unterstellt werden. Ihre Krisenkommunikation, verstanden als interessengeleitetes Informations- und Reaktionsmanagement (Coombs 2009; Sellnow/Seeger 2013), ist die kommunikative Seite der politischen Krisenbearbeitung (Nolting/Thießen 2008). Sie muss das Vertrauen der Märkte in die Krisenländer wiederherstellen (Herrmann 2012). Gleichzeitig zielt sie darauf ab, den Bürgern die Beherrschbarkeit der Situation deutlich zu machen und Akzeptanz für intergouvernemental getroffene Entscheidungen zu schaffen (Quiring 2013). Die Kommunikation der Regierung kann dabei die Form eines „civic preaching“ (Ellwood 1995) annehmen, das an den Wert der europäischen Integration appelliert und mit einer apolitischen Rhetorik politische Entscheidungen als alternativlos darstellt (Wimmel 2012). Statt den Streit auf der ökonomischen Konfliktlinie zu provozieren, kann die Regierung den Konsens auf der kulturellen Konfliktlinie bestätigen und eine Depolitisierung des Themas Eurorettung betreiben.

Demgegenüber erhalten die Oppositionsparteien die Chance, die Regierung anzugreifen und sich zu profilieren (Dimova 2012). Über eine Betonung der sozialen Seite der Krise und Forderungen nach Regulierungen im Finanzsystem können sie Sichtweisen etablieren, die auf der ökonomischen Konfliktlinie ihrem Profil entsprechen. Einschränkungen können sich jedoch aus der politischen Verantwortung der ehemaligen

Regierungsparteien SPD und Grüne für die Aufnahme Griechenlands in den Euro und die Aufweichung des Stabilitätspaktes ergeben. Auch der Handlungsdruck in der Krise, der sich im Bundestag wiederholt in einer parteiübergreifenden Zustimmung zur Krisenpolitik der EU und der Regierung manifestiert hat (Miklin 2014; Wimmel 2012), kann eine Rolle spielen. Obwohl die Linke sich dem konsensuellen Abstimmungsverhalten bis zur Wahl in Griechenland 2015 aufgrund der Risiken der Bürgschaften für die Steuerzahler und Rentner nicht angeschlossen hat, lehnt sie den Euro und die europäische Integration nicht per se ab (Auel/Raunio 2012). Insgesamt zeichnet sich unter den Parteien ein schwaches Potenzial ab, die Eurorettung auf der kulturellen Konfliktlinie zu kritisieren. Daraus lässt sich für das parlamentarisch vertretene Parteienspektrum in Deutschland eine EU-kritische Lücke herleiten (Häusler 2013), die in der öffentlichen Debatte von nicht-parlamentarischen Akteuren ausgefüllt werden kann, wenn sie sich unter Verweis auf nationale Interessen und Kultur mit Kritik an der Eurorettung zu Wort melden.

2.2 Politisierung durch Experten

Neben den Parteivertretern beziehen die Medien Akteure in die Debatte mit ein, die vom Publikum als Experten wahrgenommen werden. Expertentum ist eine „soziale Etikettierung“ (Hitzler et al. 1994: 6) für Personen, denen Sachverstand zugeschrieben wird. Da sie nicht unmittelbar in den Parteienstreit involviert sind, werden sie vom Publikum für besonders glaubwürdig gehalten (Maeße 2012). Die Expertenrolle nehmen in den Medien neben Wissenschaftlern auch Praxis-Experten und auf das jeweilige Thema spezialisierte Journalisten ein (Huber 2014; Peters/Heinrichs 2005).

Die Experten erfüllen in der medialen Debatte zunächst eine beratende Funktion (Huber 2014). Sie bedienen das Bedürfnis der Bürger nach Fachwissen, geben Einschätzungen zu den Gefahren der Krise, analysieren Ereignisse und stellen Prognosen an (Nölleke 2013). Für die Medien bedeutet die Inklusion der Expertenstimmen die Möglichkeit, in ihrer Berichterstattung an Glaubwürdigkeit zu gewinnen (Dernbach 2012) und unter Berufung auf prestigereiche Informationsquellen selbst Position zu beziehen (Maurer 2011). Dabei können die Medien Expertenmeinungen gezielt einsetzen, um bestimmte politische Standpunkte zu stärken bzw. zu schwächen oder das Spektrum der Positionen zu erweitern und damit Konflikte in einer Debatte zu verschärfen (Schütz-Ierace 2009; Steele 1995).

In der Eurokrise kann sich die in der ökonomischen Fachöffentlichkeit kontrovers geführte Debatte zur Eurorettung auf die Medienöffentlichkeit ausweiten. Darin kommen Ökonomen zu gegensätzlichen Urteilen über die Wettbewerbsfähigkeit der Krisenländer, die Verlässlichkeit von EU-Verträgen und die Ansteckungsgefahr für andere Länder im Falle einer Staatspleite Griechenlands (Heinemann 2013). Da die Empfehlungen von der Auflösung der Währungsgemeinschaft bis hin zu Eurobonds und von der Fortsetzung der Austeritätspolitik bis hin zu mehr Investitionen für eine Wachstumspolitik reichen, lassen sich unterschiedliche parteipolitische Positionen zur Eurorettung durch Expertenmeinungen stützen. Dabei können Experten auch EU-kritische Positionen äußern.

Inwieweit die Kontroverse unter den Experten in den Medien sichtbar wird und welche der Expertenpositionen besonders präsent sind, hängt neben den Selektionsentscheidungen der Medien von den Interessen und Motiven der Experten selbst ab. Öffentliche Positionierungen liegen vor allem für Experten aus der Praxis und dem Journalismus nahe. Während Praxisexperten etwa als Unternehmer oder Banker häufig selbst Stakeholder in der Debatte sind, tragen Journalisten zur Politisierung der Eurorettung

bei, wenn sie ihre berufliche Rolle als Kritiker und Kontrolleure der Politik wahrnehmen und politische und ökonomische Prozesse kommentieren. Zu den Motiven für öffentliche Äußerungen von Wissenschaftlern gibt der Forschungsstand keine eindeutige Auskunft (Dernbach 2012; Huber 2014). Anders als Politiker sind Wissenschaftler in ihrer Berufsausübung nicht unmittelbar von ihrer öffentlichen Wahrnehmung abhängig. Vielmehr können mediale Auftritte ihrem Renommee schaden und systemintern Nachteile mit sich bringen, umgekehrt aber auch ihre Reputation stärken und ihnen nicht zuletzt in Hinblick auf die Einwerbung von Drittmitteln Vorteile bringen (Eisenegger 2005; Fuhrin 2013). Vor allem bei Wissenschaftlern, deren Ruf durch die Leitung von Instituten, die Bekleidung wichtiger Ämter oder einer Funktion in der Politikberatung stabilisiert ist, kann eine erhöhte Bereitschaft zu öffentlichen Meinungäußerungen bestehen (Fuhrin 2013). Schließlich kann auch die eigene Überzeugung gegenüber politischen Richtungentscheidungen eine Rolle spielen (Huber 2014). Entsprechend engagiert sich in der Eurokrise eine Reihe von Wirtschaftsexperten aus der Praxis, aber auch aus der Wissenschaft – zunächst beratend bzw. kritisierend (Krämer/Sinn 2012), einige von ihnen spätestens mit Gründung der Partei AfD aber auch als politische Akteure mit dem expliziten Ziel, den Parteienkonsens zur Eurorettung zu durchbrechen und die Lücke im Parteienstreit auszufüllen.

2.3 *Fragestellung und Hypothesen*

Der Beitrag untersucht, in welchem Ausmaß Regierung und Opposition die mediale Aufmerksamkeit zur Eurorettung mit konfligierenden Positionen ausfüllen und welchen Input die von den Medien hinzugezogenen Experten zur Kontroverse beisteuern. Gefragt wird nach dem Politisierungsgrad der Eurorettung auf der ökonomischen und der kulturellen Konfliktlinie. Die Kontroverse auf der kulturellen Konfliktlinie gibt zugleich Auskunft über den Grad der Europäisierung bzw. Nationalisierung der öffentlichen Diskurse in den Talkshows. Unterschiedliche Positionen können mit abweichenden Krisendeutungen zusammenhängen sowie mit unterschiedlichen Bewertungen der anzuwendenden Lösungsmaßnahmen und der am Krisenmanagement beteiligten Akteure. Auf diese Aspekte zielen drei Forschungsfragen ab:

- FF1: Wie unterscheiden sich die Regierung, die Opposition und die Experten in ihren Deutungen der Krise?*
- FF2: Wie unterscheiden sich die Regierung, die Opposition und die Experten in ihren Bewertungen der diskutierten Maßnahmen zur Krisenlösung?*
- FF3: Wie unterscheiden sich die Regierung, die Opposition und die Experten in ihren Bewertungen der handelnden Akteure im Krisenmanagement?*

Auf Basis der vorangegangenen Erörterungen lässt sich für die Regierung nur ein geringes und für die parlamentarischen Oppositionsparteien kein eindeutiges Interesse an einer Politisierung der Eurorettung herleiten. Dennoch ist zu erwarten, dass die Parteien Konflikten aufgrund der erheblichen medialen Aufmerksamkeit nicht aus dem Weg gehen können. Das sollte sich vor allem auf der ökonomischen Konfliktlinie zeigen, auf der linke und rechts-liberale Parteien ihre unterschiedlichen Positionen artikulieren dürfen. Auf der kulturellen Konfliktlinie sollte in der Debatte hingegen ein Parteien-Konsens zur Unterstützung der EU und des Euros vorherrschen. Eine Ausnahme kann allenfalls die Linke darstellen, die als dauerhafte Oppositionspartei leichter Kritik üben kann, aber weder den Euro noch die europäische Integration an sich ablehnt. Die dadurch entstehende Leerstelle im Streit kann in den Medien über die Inklusion von Experten

ausgefüllt werden. Die einbezogenen Experten können diese Position entsprechend ihrer beruflichen Rolle, ihrer strategischen Interessen oder aus ideellen Bestrebungen einnehmen.

Hinsichtlich der Krisendeutungen bietet die Komplexität der Eurokrise zunächst für die parteipolitischen Akteure eine Grundlage, um unterschiedliche Kernprobleme hervorzuheben. Dabei dürfte die Opposition Aspekte der Krise betonen, die eine sozialregulative Antwort erfordern. Ansatzpunkte liefern Verortungen der Kernprobleme im Bankensektor und in der sozialen Lage in den Krisenländern. Demgegenüber sollte die Regierung Facetten der Krise herausstellen, die mit wirtschaftsliberalen Mitteln bearbeitet werden können. Dabei kann eine verfehlte Haushaltspolitik einzelner Länder als Kernproblem ausgemacht werden. Auf der kulturellen Konfliktlinie sind keine Gegensätze zwischen den parlamentarischen Parteien und in der Folge nur seltene Bezugnahmen auf institutionelle Probleme in der EU zu erwarten. Von dieser Haltung dürften aber die Experten abweichen. Sie sollten auf der kulturellen Konfliktlinie institutionelle Aspekte der EU kritisieren. Diese Ausführungen lassen sich auf zwei Hypothesen zusperzen:

H1: Im Vergleich zur Regierung deutet die Opposition die Krise seltener als eine Staatsschuldenkrise und häufiger als eine soziale Krise und Bankenkrise.

H2: Die Experten deuten die Krise häufiger über institutionelle Kernprobleme als die Parteien.

Die Sichtweisen auf Lösungsmaßnahmen im Krisenmanagement schließen an die Krisendeutungen an. Differenzen zwischen der Regierung und der Opposition sollten sich erneut auf der ökonomischen Dimension zeigen. Obwohl SPD und Grüne in Parlamentsabstimmungen regelmäßig mit der Regierung für die Beteiligung Deutschlands an den Rettungsmaßnahmen gestimmt haben, sollten beide Parteien ebenso wie die Linke als Alternative sozialregulative Maßnahmen vorschlagen und positiv bewerten. Dazu gehört die Strategie, Wachstum und Investitionen in Krisenländern zu fördern. Demgegenüber dürfte sich die Regierung auf Basis ihres marktliberalen Profils zugunsten einer ausgeprägten Sparpolitik in den Krisenländern sowie einer Stabilisierung der Banken einsetzen. Auf der kulturellen Konfliktlinie sollten die Parteien Solidarleistungen innerhalb der EU und die Stärkung der EU als Institution einheitlich befürworten. Wiederum sollten die Experten überwiegend Stellung gegen diese Maßnahmen beziehen. Daraus leiten sich folgende Hypothesen ab:

H3: Im Vergleich zur Regierung bewertet die Opposition wirtschaftsliberale Lösungsmaßnahmen kritischer und sozialregulative Lösungsmaßnahmen positiver.

H4: Im Vergleich zu den Parteien bewerten die Experten solidarische Lösungsmaßnahmen und institutionelle Maßnahmen zur Vertiefung der EU kritischer.

Der inhaltliche Streit zur Eurorettung wird von Akteursbewertungen begleitet. Sie können über Zuschreibungen von Erfolg oder Fehlverhalten, z. B. an die EU-Institutionen oder einzelne Länder, die Konflikthaftigkeit der Debatte erhöhen. Dabei sollten die Regierungsparteien ihre eigene Krisenpolitik verteidigen und Verantwortung an die Krisenländer abgeben. Umgekehrt sollten die Oppositionsparteien das Krisenmanagement der Regierung negativ bewerten. Gegenüber der EU ist sowohl von der Regierung als auch von der Opposition aufgrund ihrer grundsätzlichen Befürwortung der europäischen Integration keine starke Kritik zu erwarten. Stattdessen sollten die Experten mit Grundsatzkritik an der EU einen Kontrast zur Politik herstellen. Daraus ergeben sich folgende Hypothesen:

H5: Andere EU-Länder werden von der Regierung negativer bewertet als von der Opposition.

H6: Die EU wird von den Parteien positiver bewertet als von den Experten.

3. Methode

Die Auseinandersetzung zur Eurorettung findet in einer Reihe verschiedener Medienforen statt. Besonders sichtbar werden Konfliktlinien zu dem Thema im Genre politischer Talkshows. Im Rahmen eines „Confrontainments“ ist es Aufgabe des Moderators, die Sendung so zu dirigieren, dass die Positionen der Gäste deutlich zutage treten und Kontraste sichtbar werden. Dabei lassen sich Begründungen und Argumente unmittelbar von den Gästen einfordern, damit sich das erwartete Streitgespräch entwickelt (Klemm 2015; Wessler/Schultz 2007). Auch wenn Talkshows häufig als Inszenierungsplattformen für Politiker kritisiert werden (Schicha 2005; Schultz 2006), bieten sie günstige Bedingungen für die Politisierung der Eurorettung. Zur Hypothesenprüfung wird eine Vollerhebung der fünf reichweitenstärksten politischen Talkshows im deutschen Fernsehen durchgeführt: *Günther Jauch* (17 % Marktanteil), *Maybrit Illner* (11,9 %), *Menschen bei Maischberger* (11,1 %), *Anne Will* (10,6 %) und *hart aber fair* (10,6 %).⁴ Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich vom ersten offiziellen Hilfegesuch Griechenlands an die EU im April 2010 bis zur Bundestagswahl im September 2013.⁵ Die Selektion relevanter Sendungen erfolgte anhand des Titels und der Sendungsbeschreibung auf den Websites der Talkshows.

Während viele Studien zu Talkshows auf linguistische Aspekte und das Setting der Sendungen fokussieren (vgl. die Beiträge in Girth/Michel 2015) oder nach der deliberativen Qualität der Debatten fragen (Schultz 2006), lassen sich Konfliktstrukturen mit Blick auf die verbalisierten Positionen der Gäste untersuchen. Daher beschränkt sich die Codierung auf das gesprochene Wort. Zunächst wird erhoben, welche Gäste in den Sendungen diskutieren. Neben Vertretern der Regierung und der einzelnen Oppositionsparteien wird zwischen Experten aus der Wissenschaft, der Praxis und dem Journalismus⁶ unterschieden. Für jeden Gast werden alle in einer Sendung artikulierten Krisendeutungen, Maßnahmen- und Akteursbewertungen codiert. Die Kategorien sind deduktiv aus der Literatur zur Eurokrise (Illing 2013) hergeleitet und anhand einer Auswahl des Datenmaterials (10 %) validiert. Die Deutungen werden als Frames analysiert. Frames sind Sinnhorizonte der Sprecher, die bestimmte Realitätsaspekte hervorheben, während sie andere ausblenden (Matthes 2012). Sie können als Strategien verstanden werden, die verfügbaren politischen Alternativen diskursiv einzubringen und „legitime“ Interpretationen eines politischen Problems durchzusetzen (Löblich 2011). In der Codierung der Krisendeutungen werden wirtschaftliche und institutionelle Frames unterschieden, die sich in insgesamt acht verschiedene Deutungen ausdifferenzieren lassen. Die wirtschaftlichen Frames beinhalten zunächst Deutungen, die sich mit wirtschaftsliberalen Mitteln bearbeiten lassen. Dazu gehören der Frame *Wirtschaftskrise*, der die fehlende wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit einzelner Länder hervorhebt, und der Frame *Staatsschuldenkrise*, der auf eine verfehlte Haushaltspolitik der Schuldnerländer rekurriert. Weitere wirtschaftliche Deutungen betonen Krisenaspekte, die sozialregula-

4 Die Daten beziehen sich auf die Durchschnittswerte für das Jahr 2013 (Zubayr/Gerhard 2014).

5 *Günther Jauch* ging erst am 11. September 2011 auf Sendung.

6 Zu den Journalisten gehören auch Publizisten, die Themen wie die Eurokrise in Buchform journalistisch aufbereiten.

tive Maßnahmen nahelegen: Der Frame *Banken- und Immobilienkrise* macht eine entfesselte und zu wenig regulierte Finanzwirtschaft für die Krise verantwortlich, der Frame *Soziale Krise* hebt auf die Folgen für die Bürger der Schuldnerländer ab. Die institutionellen Frames verorten die Kernprobleme in der Krise in der derzeitigen institutionellen und politischen Ordnung in der EU. Dabei fokussiert der Frame *Eurokrise* auf Konstruktionsfehler der Währungsgemeinschaft. Der Frame *Krise der EU-Institutionen* hebt Defizite in der Handlungsfähigkeit der europäischen Kommission und des europäischen Rats hervor. Während der Frame *Solidaritäts- und Friedenskrise* eine Erosion der Zugehörigkeit in der EU zum Kernproblem in der Eurokrise erhebt, zielt die Deutung *Demokratiekrisen* auf eine Aushöhlung nationaler Demokratien durch die EU und die Troika ab.

Neben den Krisendeutungen werden positive und negative Bewertungen verschiedener Lösungsmaßnahmen sowie der handelnden Akteure in der Krise erhoben. Bei den Lösungsmaßnahmen lassen sich wirtschaftsliberale, sozialregulative, solidarische und institutionelle Maßnahmen unterscheiden. Als wirtschaftsliberale Maßnahmen werden die Stabilisierung des Bankensektors und die Austeritätspolitik codiert. Eine sozialregulative Lösungsmaßnahme ist die Förderung der Krisenländer durch Investitionen für Wachstum. Solidarische Maßnahmen beziehen sich auf die Bürgschaften für andere EU-Länder im Rahmen der Rettungspakte und -schirme. Die institutionelle Krisenlösung sieht vertiefende Integrationsschritte bis hin zu Eurobonds oder aber eine Rückbildung der Währungsgemeinschaft vor.

Als handelnde Akteure im Krisenmanagement werden schließlich die Politik allgemein, die Bundesregierung, frühere deutsche Regierungen, andere EU-Länder, die EU-Institutionen inklusive der EZB sowie die Troika als gemeinschaftliches Handeln von EU, EZB und dem Internationalen Währungsfond codiert. An der Codierung sind 19 Codierer(innen) beteiligt; der Reliabilitätskoeffizient nach Holsti liegt auf einem guten Niveau (.81).⁷

4. Befunde

Das Sample beinhaltet 66 einschlägige Sendungen.⁸ Trotz dieser großen Aufmerksamkeit für die Eurokrise liegt der thematische Schwerpunkt der Talkshows meist auf Deutschland (57,6 %). Deutlich seltener stehen andere EU-Länder (39,4 %) im Vordergrund, von denen fast ausschließlich Krisenländer und dabei insbesondere Griechenland behandelt werden.

Für die Gesamtheit der Sendungen werden 324 Gastauftritte codiert, wobei die einzelnen Formate die Sprechergruppen weitgehend ähnlich gewichten (vgl. Tab. 1). Politiker haben dabei einen geringeren Anteil als Experten; ergänzend sind vereinzelte Akteure aus der Zivilgesellschaft oder Prominente wie Costa Cordalis und Vicky Leandros eingeladen. Unter den Politikern sind neben Bundespräsident Gauck und wenigen Gästen aus dem EU-Ausland Vertreter aus Regierung und Opposition in einem nahezu ausgewogenen Verhältnis präsent. Zwischen den Parteien zeigen sich jedoch deutliche

-
- 7 Der Gesamtwert resultiert aus den Übereinstimmungen in der Codierung der Gäste (.89), der Identifikation der codierrelevanten Inhalte (.72) sowie deren Codierung (.82). Auf der InhaltsEbene werden für die zentralen Variablen der Frames (.89), Maßnahmen (.84) und angesprochenen Akteure (.81) jeweils gute Werte erzielt.
- 8 Das Format *Maybrit Illner* ist im Sample mit den meisten Sendungen vertreten (20). Dahinter folgen *Anne Will* (14), *Menschen bei Maischberger* und *hart aber fair* (je 12) sowie schließlich *Günther Jauch* (8).

Tabelle 1: Verteilung der Gäste in den Talkshows, Angaben in Prozent

| | | Anne Will (n=74) | Günther Jauch (n=30) | hart aber fair (n=60) | Maybrit Illner (n=108) | Maischberger (n=52) | Gesamt (n=324) |
|------------|-----------------------|------------------|----------------------|-----------------------|------------------------|---------------------|----------------|
| Politiker* | | 37,8 | 46,7 | 38,3 | 40,7 | 30,8 | 38,6 |
| | Regierung | 18,9 | 20,0 | 26,7 | 18,5 | 13,5 | 19,4 |
| | CDU | 8,1 | 10,0 | 13,3 | 9,3 | 9,6 | 9,9 |
| | CSU | 1,4 | 13,3 | - | - | - | 0,6 |
| | FDP | 9,5 | 26,7 | 13,3 | 9,3 | 3,8 | 9,0 |
| | Parlament. Opposition | 14,9 | 23,3 | 10,0 | 15,7 | 13,5 | 14,8 |
| | SPD | 1,4 | 10,0 | 3,3 | 7,4 | 1,9 | 4,6 |
| | Grüne | 5,4 | 3,3 | 5,0 | 2,8 | 3,8 | 4,0 |
| | Linke | 8,1 | 10,0 | 1,7 | 5,6 | 7,7 | 6,2 |
| | AfD | 1,4 | - | 1,7 | 0,9 | - | 0,9 |
| Experten | | 59,5 | 50,0 | 55,0 | 53,7 | 65,4 | 56,8 |
| | Politikexperten | 28,4 | 20,0 | 30,0 | 13,9 | 26,9 | 22,8 |
| | Wissenschaft | 2,7 | - | 1,7 | - | 3,8 | 1,5 |
| | Journalismus | 12,2 | 13,3 | 21,7 | 5,6 | 9,6 | 11,4 |
| | Praxis | 13,6 | 6,7 | 6,7 | 8,3 | 13,5 | 9,3 |
| | Wirtschaftsexperten | 31,1 | 30,0 | 25,0 | 39,8 | 38,5 | 34,0 |
| | Wissenschaft | 6,8 | 16,7 | 8,3 | 10,2 | 7,7 | 9,3 |
| | Journalismus | 13,5 | 10,0 | 10,0 | 13,0 | 13,5 | 12,3 |
| | Praxis | 10,8 | 3,3 | 6,7 | 16,7 | 17,3 | 12,3 |
| Sonstige | | 6,8 | 6,7 | 8,3 | 12,0 | 7,7 | 9,0 |

* Zur Hauptkategorie „Politiker“ zählen auch ausländische und andere Politiker, die nicht in die Subkategorien Regierung und Opposition fallen.

Unterschiede: Repräsentanten der FDP und der CDU sind besonders häufig zu Gast, gefolgt von Vertretern der Linkspartei, der SPD und der Grünen. Die erst im April 2013 gegründete und nicht im Bundestag vertretene AfD sowie die CSU spielen eine untergeordnete Rolle.

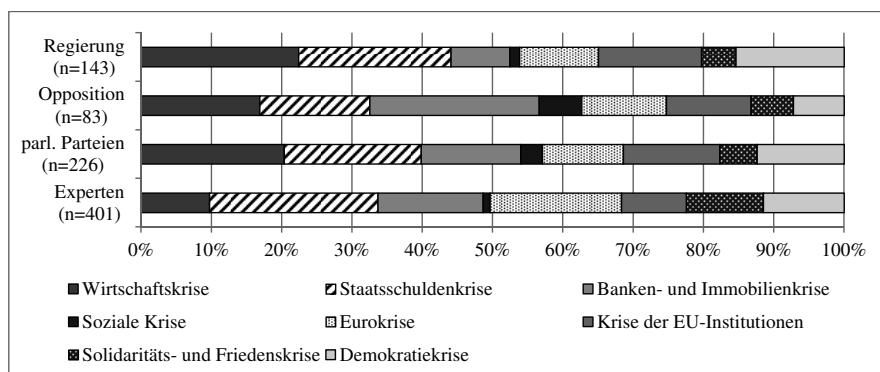
Unter den Experten liegt ein starker Fokus auf Fachleuten der Wirtschaft und dahinter der Politik.⁹ Als Ökonomen sind vor allem Unternehmer und Wirtschaftsjournalisten eingeladen, etwas seltener Wirtschaftswissenschaftler. Eine ähnliche Verteilung zeigt sich bei den Politikexperten. Politische Journalisten und Gäste mit praktischer Er-

9 Davon abweichend ist in nur einem Fall ein Jurist mit dem Schwerpunkt Insolvenzrecht im Sample vertreten. Er wird als „Sonstiger Sprecher“ in der weiteren Auswertung nicht berücksichtigt.

fahrtung als ehemalige Politiker bzw. in wenigen Fällen als Politikberater sind zu ähnlich hohen Anteilen im Sample vertreten. Ein kleinerer Teil der Gäste stammt aus der Politikwissenschaft. Dass den Experten insgesamt mehr Raum gegeben wird als der Politik, weist auf einen hohen Bedarf an Fachwissen und Analysen zum Thema Eurorettung hin. In den Talkshows zeigt diese Verteilung zugleich eine erhöhte Nachfrage nach zusätzlichen politischen Positionen.

Für die untersuchten Sprechergruppen wird in 637 Fällen ein Krisenframe codiert. Insgesamt sind die wirtschaftlichen Deutungen etwas stärker repräsentiert (51,8 %) als die institutionellen Frames (48,2 %). Unter den wirtschaftlichen Frames werden wirtschaftsliberale Deutungen mit 55,1 Prozent häufiger auf die Krise angelegt als sozialregulative Deutungen (44,9 %). Besonders hervorgehoben wird der Frame *Staatsschuldenkrise*, die Deutung *Soziale Krise* ist hingegen nur schwach vertreten (für eine detaillierte Übersicht vgl. Tab. 3 im Anhang). Das lässt sich darauf zurückführen, dass dieser Frame nicht nur die Sparpolitik in der Eurorettung in Frage stellt, sondern zugleich Forderungen nach weiteren finanziellen Hilfen nahelegt, die auch den Wählern der linken Parteien nur schwer zu vermitteln sind. Unter den institutionellen Frames ist die Deutung *Eurokrise*, die Konstruktionsfehler der Währungsgemeinschaft hervorhebt, besonders prominent. Im Vergleich zwischen den Sprechergruppen (vgl. Abb. 1) zeigen sich zwischen Regierung und Opposition auf der ökonomischen Konfliktlinie Unterschiede in den Krisenframes. Dabei wird, wie in Hypothese 1 erwartet, die wirtschaftsliberale Deutung *Staatsschuldenkrise* von der Regierung häufiger artikuliert als von der Opposition, während die Oppositionsparteien die sozialregulativen Frames *Banken- und Immobilienkrise* und *Soziale Krise* insgesamt stärker gewichten.¹⁰ Besonders stark ist der Kontrast zur Regierung bei der Linkspartei ausgeprägt, die sich vor allem auf die Problemverortung im Bankensektor konzentriert.

Abbildung 1: Verteilung der artikulierten Krisenframes der Parteien und der Experten, unterschieden nach Sprechern aus der Regierung und aus der Opposition sowie der parlamentarischen Parteien (Regierung und Opposition sind hier also zusammengefasst) und der Politik- und Wirtschaftsexperten



10 $\chi^2=9,947$; $df=1$; $p<.05$; Cramer $V=.346$.

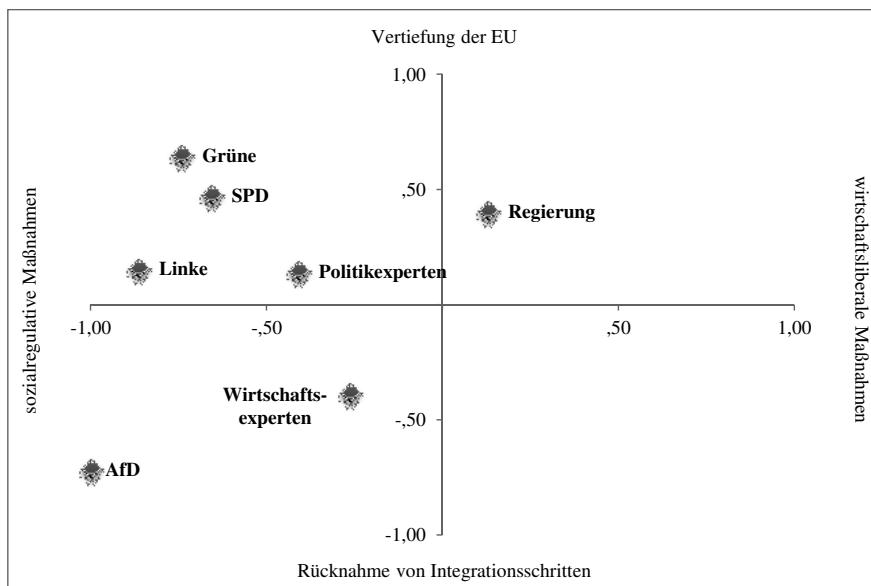
Während die Krisendeutungen auf der ökonomischen Konfliktlinie zwischen Regierung und Opposition auf eine Politisierung des Themas Eurorettung hinweisen, lassen sich – im Widerspruch zu Hypothese 2 – auf der kulturellen Dimension keine signifikanten Unterschiede zwischen den Parteien und den Experten feststellen. Neben der AfD, deren Vertreter bei ihren wenigen Auftritten stark auf EU-kritische Deutungen fokussieren, beziehen sich auch die parlamentarisch vertretenen Parteien in mehr als einem Drittel ihrer Krisendeutungen auf institutionelle Probleme in der EU (39,7 %) und unterscheiden sich dabei nicht wesentlich von den Experten (44,3 %). Die häufigen Bezüge der parlamentarischen Parteien auf EU-kritische Deutungen, die trotz des angenommenen pro-europäischen Parteienkonsenses gerade keiner Depolitisierungsstrategie entsprechen, erklärt sich in Teilen aus der konfrontativen Gesprächssituation in den Talkshows. Dabei werden die Politiker durch die/den Moderator(in) oder durch die EU-Kritik der Experten direkt zu Stellungnahmen zu den Schwächen des Euros und der EU-Institutionen herausgefordert. Unter den Experten beziehen sich die Ökonomen entsprechend ihrer Fachkompetenz häufiger auf die Konstruktionsfehler des Euro als die Politikexperten. Besonders prominent ist diese Deutung unter den Wirtschaftswissenschaftlern, sie findet aber auch unter den Unternehmern und den Wirtschaftsjournalisten breite Unterstützung. Während die Ökonomie-Experten damit eine Rolle als Kritiker der Währungsunion einnehmen und auf der kulturellen Dimension zur Politisierung der Debatte beitragen, gehen die Politikexperten über Analysen der wirtschaftlichen Zusammenhänge im Euroraum hinaus. Die Politikwissenschaftler weisen dabei auf einen mangelnden Zusammenhalt in der EU hin und sehen das politische Friedensprojekt Europa in der Krise. Im Vergleich dazu problematisieren die Vertreter aus dem Journalismus gemäß ihrer Kritik- und Kontrollfunktion die Machtverhältnisse in der EU sowie zwischen der EU und den Ländern als Krise der Demokratie. Demgegenüber heben die ehemaligen Politiker vermehrt auf die politischen Strukturen ab und verweisen auf eine Krise der EU-Institutionen und ihre mangelnde politische Handlungsfähigkeit.

Die zweite Forschungsfrage fokussiert auf unterschiedliche Positionen zu den Lösungsmaßnahmen im Krisenmanagement. Eine Maßnahmenbewertung wird in 1750 Fällen codiert. Dabei stehen solidarische und institutionelle Maßnahmen, die auf der kulturellen Konfliktlinie verhandelt werden, im Vordergrund (56,9 %). Mittel, die sich auf der ökonomischen Konfliktlinie als sozialregulative oder marktliberale Strategie im Krisenmanagement diskutieren lassen, nehmen weniger Raum ein (43,1 %). Bezogen auf die ökonomische Konfliktlinie beziehen die Oppositionsparteien wie erwartet Stellung gegen wirtschaftsliberale Maßnahmen (für eine detaillierte Übersicht vgl. Tab. 4 im Anhang). Das betrifft insbesondere die Stabilisierung der Banken über einen Bail Out durch den Staat, aber auch die Austeritätspolitik. Letztere wird von den Vertretern der Bundesregierung in den Sendungen stark befürwortet. Während sich die Oppositionsparteien in Hinblick auf den Umgang mit den Banken einheitlich kritisch äußern, wird die Sparpolitik vor allem von Seiten der Linken angegriffen. Die SPD verhält sich moderater, da sie die getroffenen Entscheidungen in der nächsten Legislaturperiode möglicherweise mittragen muss. Allerdings bemühen sich die Oppositionsparteien kaum, Druck zugunsten sozialregulativer Maßnahmen als Alternative zur Sparpolitik aufzubauen. Investitionsprogramme für mehr Wachstum in den Krisenländern werden zwar von der Linken und der SPD positiv bewertet, kommen aber nur selten zur Sprache. Auf diese Weise wird die Regierung kaum dazu gezwungen, sich kritisch mit den sozialregulativen Handlungsoptionen in der Krise auseinanderzusetzen.

Obwohl eine stärkere Polarisierung der Positionen auf der ökonomischen Konfliktlinie also möglich wäre, ergibt sich aus den Bewertungsunterschieden der erwartete Be-

fund, dass die Regierung den wirtschaftsliberalen Maßnahmen zur Krisenlösung positiver gegenübersteht als die Opposition,¹¹ während die Opposition sozialregulative Maßnahmen stärker befürwortet als die Regierung.¹² Hypothese 3 kann damit angenommen werden. Auf der ökonomischen Konfliktlinie lässt sich daraus auch bezogen auf die Maßnahmenbewertungen eine Politisierung der Eurorettung zwischen den politischen Lagern ableiten. Dabei nehmen die Politikexperten eine Schiedsrichterposition zwischen den Parteien ein, zeigen aber eine große Nähe zu den Oppositionsparteien (vgl. Abb. 2).

Abbildung 2: Positionen der Parteien und Experten auf der ökonomischen und der kulturellen Konfliktlinie bezogen auf Maßnahmenbewertungen



Lesehilfe: Die x-Achse verortet die Maßnahmenbewertungen der Sprechergruppen auf der ökonomischen Konfliktlinie zwischen Befürwortung sozialregulativer Maßnahmen bzw. Ablehnung wirtschaftsliberaler Maßnahmen (-1) und Befürwortung wirtschaftsliberaler Maßnahmen bzw. Ablehnung sozialregulativer Maßnahmen (+1). Die y-Achse verortet die Positionen auf der kulturellen Konfliktlinie zwischen Befürwortung institutioneller und sozialer Maßnahmen (+1) und deren Ablehnung (-1).

Auf der kulturellen Konfliktlinie bewerten die Parteien, wie in Hypothese 4 angenommen, den Einsatz solidarischer Maßnahmen in Form von Rettungspaketen¹³ und insbesondere institutionelle Maßnahmen zur Vertiefung der EU, wie eine gemeinsame Wirtschaftsregierung,¹⁴ im Vergleich zu den Experten signifikant positiver. Deren EU-kri-

11 t=4,9; df=331; p<.01; das Konfidenzintervall liegt zwischen 0.29 und 0.69.

12 t=-1,04; df=25; p<.05; das Konfidenzintervall liegt zwischen -1.14 und 0.37.

13 t=6,2; df=490; p<.01; das Konfidenzintervall liegt zwischen 0.36 und 0.69.

14 t=7,7; df=483; p<.01; das Konfidenzintervall liegt zwischen 0.51 und 0.85.

tische Position wird durch die wenigen Beiträge der AfD mit gestützt. Hypothese 4 kann also bestätigt werden, auch wenn sich die Linke, die im Parlament den Rettungspaketen und -schirmen nicht zugestimmt hat, zu den solidarischen Maßnahmen ambivalent verhält. Zwischen den Expertengruppen zeigen sich jedoch ebenfalls Unterschiede. Während unter den Politikexperten nur die Politikwissenschaftler institutionelle Maßnahmen zur Vertiefung der EU kritisieren, sind es vor allem die Wirtschaftsfachleute, die über ihre Maßnahmenbewertungen EU-kritische Positionen beziehen und dabei auch eine Auflösung der Währungsunion argumentativ stützen. Damit zeigt sich auf der kulturellen Konfliktlinie zwar insgesamt eine Polarisierung zwischen den Parteien und den Experten, die Linke und die Politikexperten verhalten sich dabei allerdings als moderate Unterstützer der Integration. Den Antipol zum politischen Konsens zur EU bilden hingegen die Experten aus der Ökonomie. Sie füllen damit eine Lücke in der politischen Debatte aus und drängen die Politik mit ihrer Präsenz zu pro-europäischen Stellungnahmen anstelle einer Depolitisierung.

Im nächsten Schritt wird danach gefragt, wie die Gäste die handelnden Akteure im Krisenmanagement bewerten (vgl. Tab. 2). Es wird in 1211 Fällen eine Akteursbewertung codiert; im Aggregat bewegen sich die Werte für jede Akteursgruppe auf einem Kontinuum zwischen einer einheitlich positiven (+1) und einer einheitlich negativen Bewertung (-1). Ein Wert nahe 0 verweist auf eine starke Umstrittenheit des Akteurs und seiner Krisenpolitik. In den Bewertungen insgesamt verhalten sich die Regierungsvertreter weitaus unkritischer als die übrigen Gäste. Besonders negative Wertungen nehmen Vertreter der AfD und der Linken vor.

Die meisten Bewertungen beziehen sich auf die aktuelle Bundesregierung und andere EU-Länder. Anders als die EU-Institutionen und die Troika werden sie von den Gästen als die entscheidenden Akteure in der Krise behandelt. Dabei nutzen die drei parlamentarischen Oppositionsparteien die Krisensituation gleichermaßen zur Kritik an der Regierung Merkel. Umgekehrt verteidigen die Regierungsvertreter ihre Politik und weisen Verantwortung für politische Fehler der Vorgängerregierung Schröder und – wesentlich häufiger – Krisenländern wie Griechenland zu. Anders als in Hypothese 5 angenommen hebt sich die Regierung mit ihren negativen Bewertungen der Krisenländer aber nicht von der Opposition ab. Diese spitzt ihre Kritik nämlich nicht allein auf die schwarz-gelbe Regierung zu, sondern folgt der Externalisierung von Verantwortung. Das gilt vor allem für die Linke, die sich mit dieser Haltung als Verteidigerin deutscher Sparguthaben und Renten gegenüber Bürgschaften für die Krisenländer präsentiert. Die Experten positionieren sich einheitlich als Kritiker der Politik. Häufiger als die Parteivertreter nehmen sie auf die Politik allgemein Bezug und schreiben dem Krisenmanagement insgesamt Mängel zu. Die Vertreter der Ökonomie sind dabei durchweg kritischer als die Politikexperten – sowohl gegenüber der Politik allgemein als auch gegenüber der aktuellen und den früheren Bundesregierungen. Dabei wird die aktuelle Regierung vor allem von den politischen Journalisten gemäß ihrer beruflichen Rolle kritisch behandelt. Ehemalige Politiker zeigen hingegen einerseits Verständnis für realpolitische Zwänge und loben die Regierung, andererseits kritisieren sie ähnlich häufig den Umgang mit ihrem politischen Erbe.

Die EU-Institutionen werden selten als handelnde Akteure im Krisenmanagement angesprochen. Sie erfahren als einzige Akteursgruppe neutrale bzw. sogar positive Bewertungen durch die Regierungsvertreter, die SPD und die Grünen, die so einen überparteilichen pro-europäischen Kurs kommunizieren. Sie verteidigen damit die EU aktiv gegen EU-kritische Beiträge anderer Akteure. Dazu gehört die Linkspartei, die mit durchweg negativen Bewertungen der EU aus dem pro-europäischen Parteienkonsens

Tabelle 2: Bewertungen der handelnden Akteure durch die Sprecher

| | Die Politik (n=191) | | Deutsche Regierung (n=371) | | Ehem. deutsche Regierung (n=70) | | Anderes EU-Land (n=404) | | EU (n=158) | | Troika (n=17) | | Gesamt (n=1211) | |
|--------------------------|------------------------|----|----------------------------------|-----|--|----|-------------------------------|-----|---------------|----|------------------|---|--------------------|-----|
| | MW | n | MW | n | MW | n | MW | n | MW | n | MW | n | MW | n |
| Regierung | -.03 | 30 | .69 | 85 | -1 | 29 | -.45 | 119 | .00 | 24 | .60 | 5 | -.07 | 292 |
| SPD | -.50 | 4 | -.87 | 38 | .20 | 5 | -.27 | 11 | .14 | 7 | - | - | -.55 | 65 |
| Grüne | -.33 | 6 | -.81 | 32 | .00 | 3 | -.14 | 7 | .00 | 3 | -1 | 1 | -.58 | 52 |
| Linke | -.87 | 15 | -.89 | 36 | -1 | 2 | -.69 | 13 | -1 | 12 | -1 | 1 | -.87 | 79 |
| | -1 | 1 | -1 | 4 | - | - | -1 | 2 | -1 | 2 | - | - | -1 | 9 |
| Politik- experten | -.59 | 63 | -.43 | 103 | -.47 | 19 | -.52 | 128 | -.46 | 54 | .40 | 5 | -.48 | 372 |
| Wissen- schaft | -1 | 4 | -1 | 10 | -1 | 1 | -.56 | 9 | 1 | 1 | - | - | -.76 | 25 |
| Journal- ismus | -.87 | 31 | -.67 | 48 | -.71 | 7 | -.55 | 44 | -.45 | 20 | .50 | 2 | -.63 | 152 |
| Praxis | -.21 | 28 | -.04 | 45 | -.27 | 11 | -.51 | 75 | -.52 | 33 | .33 | 3 | -.33 | 195 |
| Wirtschafts- experten | -.76 | 72 | -.67 | 73 | -1 | 12 | -.48 | 124 | -.71 | 56 | -.20 | 5 | -.63 | 342 |
| Wissen- schaft | -.70 | 20 | -.44 | 25 | -1 | 2 | -.36 | 44 | -.68 | 19 | 1 | 1 | -.50 | 111 |
| Journal- ismus | -.91 | 23 | -.75 | 24 | -1 | 4 | -.61 | 41 | -.73 | 22 | - | - | -.74 | 114 |
| Praxis | -.69 | 29 | -.83 | 24 | -1 | 6 | -.46 | 39 | -.73 | 15 | -.50 | 4 | -.66 | 117 |

ausschert. Deutlich häufiger als die Linke üben aber die Experten Kritik an der EU. Gemäß der in Hypothese 6 gefassten Erwartung ist ihre Haltung gegenüber der Rolle der EU im Krisenmanagement signifikant kritischer als die Haltung der Parteien insgesamt.¹⁵ Dies gilt insbesondere für die Vertreter der Ökonomie aller drei Subgruppen, die wiederum die mangelnde politische Kontroverse zwischen den Parteien um eine europakritische Perspektive ergänzen. In Bezug auf die Bewertungen der EU positionieren sich die Experten auf der kulturellen Konfliktlinie also gemeinsam mit der Linken im Kontrast zu den übrigen Parteien und tragen damit zur Politisierung der Eurorettung bei. Gleichzeitig attestieren sie aber auch allen Akteuren gleichermaßen eine schlechte Krisenpolitik und treten damit weniger als EU-Kritiker, sondern vielmehr als Kritiker der Politik in Erscheinung. Diese Tendenz lässt sich ab 2012 auch für die AfD aufzeigen.

5. Diskussion

Die Frage nach der Politisierung von EU-Themen steht im Zusammenhang zur Europäisierung von Öffentlichkeit und zur Demokratisierung der EU. Während die Demo-

15 t=2,3; df=154; p<.01; das Konfidenzintervall liegt zwischen .05 und .65.

kratisierung durch intensive öffentliche Auseinandersetzungen zu EU-Themen gefördert wird, hängt die Europäisierung bzw. Renationalisierung von Öffentlichkeit von den Konfliktstrukturen zwischen den Öffentlichkeitssprechern in der Debatte ab. Die öffentliche Sichtbarkeit von Konflikten im Rahmen einer Politisierung wird durch Momente starker nationaler Betroffenheit begünstigt, die in der Eurokrise gegeben sind. Vermittelt durch einen erhöhten Informationsbedarf der Bürger und eine wachsende Medienaufmerksamkeit wird in der Krise Druck gegenüber den Parteien aufgebaut, sich öffentlich zur Eurorettung zu positionieren und das Thema in ihren Parteienstreit aufzunehmen.

Für das Thema Eurorettung kann die vorliegende Studie bezogen auf Auseinandersetzungen in politischen Talkshows einen hohen Politisierungsgrad nachweisen. Zwischen den Parteien verläuft der Streit vorrangig auf der ökonomischen Konfliktlinie, auf der sie sich gemäß ihrer politischen Kernkompetenzen positionieren. Dabei betont die rechts-liberale Regierung die Krisendeutung *Staatsschuldenkrise*, die sich mit marktliberalen Mitteln bekämpfen lässt, verteidigt die Austeritätspolitik in der EU und schreibt den Krisenländern Verantwortung zu. Die linksgerichteten Oppositionsparteien deuten die Krise als *Banken- und Immobilienkrise* und verorten ihre Ursachen damit vor allem im Finanzmarkt. Entsprechend bewerten sie die Austeritätspolitik als falschen Ansatz im Krisenmanagement und kritisieren die Bundesregierung. Die Politisierung auf der ökonomischen Konfliktlinie wird von der Linkspartei besonders stark betrieben. Die SPD nimmt mit Blick auf die Möglichkeit, bald wieder in Regierungsverantwortung zu stehen und dann Verbindlichkeiten einhalten zu müssen, eine moderatere Linie ein.

Deutlich schwächer fällt der Parteienstreit auf der kulturellen Konfliktlinie aus. Hier bilden die Regierung, die SPD und die Grünen den erwarteten pro-europäischen Konsens, indem sie die EU positiv bewerten und eine weitere Vertiefung der Integration als Mittel in der Krise befürworten. Die Linke ist nur bedingt Teil des Parteienkonsenses. Zwar bemängelt sie das Krisenmanagement der EU, übt aber keine Grundsatzkritik am Euro oder der europäischen Integration. Damit bestätigen die Befunde für das parlamentarisch vertretene Parteienspektrum auf der kulturellen Konfliktlinie eine EU-kritische Lücke. Diese Lücke wird in den Talkshow-Debatten in Ansätzen von der AfD ausgefüllt, die sich jedoch erst ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl 2013 gegründet hat und dementsprechend schwach im Sample repräsentiert ist. Ein größeres Gewicht haben die Stimmen der Experten, unter denen vor allem die Ökonomen der EU und dem Euro ablehnend gegenüberstehen. Anders als auf der ökonomischen Konfliktlinie, auf der in den Talkshows unterschiedliche Parteipositionen miteinander konfrontiert werden können, ergibt sich die Politisierung auf der kulturellen Konfliktlinie also erst aus der Gästauswahl durch die Redaktionen. Die Selektion ist zwar nicht geeignet, die Heterogenität des ökonomischen Fachdiskurses zur Eurokrise abzubilden, spitzt aber die Kontroverse durch den gezielten Einsatz EU-kritischer Stimmen zu. Als Ersatzopposition fordern die Ökonomen dabei den Parteienkonsens heraus und setzen die Parteien in den Sendungen unter Druck, ihre Haltung auf der kulturellen Konfliktlinie zu verteidigen.

Insgesamt stellt der hohe Politisierungsgrad der Eurorettung einen Schritt in Richtung einer Demokratisierung der EU dar. In der Kontroverse zur Eurorettung werden verschiedene Politikbewertungen und Handlungsoptionen sichtbar. Dazu gehören auch Positionen, die sich unter Hervorhebung nationaler Interessen und Kultur kritisch auf die EU und die Eurorettung beziehen. Die Ausfüllung der EU-kritischen Lücke im Streit zur EU wirkt für sich genommen einer europäischen Öffentlichkeit entgegen. Sie fordert aber die politischen Akteure dazu heraus, anstelle einer Depolitisierungsstrategie ihre

pro-europäische Haltung öffentlich zu kommunizieren und damit eine Europäisierung von Öffentlichkeit zu ermöglichen.

Literatur

- Artl, H.-J./Storz, W. (2011): Drucksache „Bild“ – Eine Marke und ihre Mägde. Die „Bild“-Darstellung der Griechenland- und Eurokrise, Frankfurt a. M.
- Auel, K./Raunio, T. (2012): Debating the State of the Union? Comparing Parliamentary Debates on EU Issues in Finland, France, Germany and the United Kingdom. In: Dies. (Hg.): National Parliaments and Their Electorates in EU Affairs, Wien.
- Bakker, R./de Vries, C./Edwards, E./Hooghe, L./Jolly, S./Marks, G./Polk, J./Rovny, J./Steenbergen, M./Vachudova, M. A. (2012): Measuring Party Positions in Europe. The Chapel Hill Expert Survey Trend File, 1999-2010, Party Politics, 1-15.
- BILD (2010): Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleite-Griechen... und die Akropolis gleich mit!, BILD vom 27. Oktober 2010.
- Blome, N. (2013): Achtung, Zypr-IDIOTEN, BILD Online, 20. März 2013, <http://www.bild.de/politik/ausland/zypern/zypern-krise-zwischenruf-von-nikolaus-blome-29590456.bild.html> [30.03.2015].
- Coombs, T. (2009): Conceptualizing Crisis Communication. In: Heath, R. L./O'Hair, H. D. (Hg.): Handbook of Risk and Crisis Communication, New York, 99-118.
- de Wilde, P. (2011): No Polity for Old Politics? A Framework for Analyzing the Politicization of European Integration, Journal of European Integration, 33(5), 559-575.
- de Wilde, P./Zürn, M. (2012): Can the Politicization of European Integration be Reserved?, Journal of Common Market Studies, 50(1), 137-152.
- Demirović, A./Dück, J./Becker, F./Bader, P. (Hg.) (2011): VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus, Hamburg.
- Dernbach, B. (2012): Einleitung: Vom Elfenbeinturm ins Rampenlicht. Wie und warum Wissenschaftler in populären Massenmedien auftreten. In: Dies. (Hg.): Vom Elfenbeinturm ins Rampenlicht. Prominente Wissenschaftler in populären Massenmedien, Wiesbaden, 9-34.
- Dimova, G. (2012): Who Criticizes the Government in the Media? The Symbolic Power Model, Observatorio, 6(1), 63-85.
- Eder, K./Kantner, C. (2000): Transnationale Resonanzstrukturen in Europa. Eine Kritik der Rede vom Öffentlichkeitsdefizit. In: Bach, M. (Hg.): Die Europäisierung nationaler Gesellschaften, Wiesbaden, 306-331.
- Eder, K./Trenz, H.-J. (2004): The Democratising Dynamics of an European Public Sphere. Towards a Theory of Democratic Functionalism, European Journal of Social Theory, 7(1), 5-25.
- Eilders, C./Voltmer, K. (2003): Zwischen Deutschland und Europa. Eine empirische Untersuchung zum Grad von Europäisierung und Europa-Unterstützung der meinungsführenden deutschen Tageszeitungen, Medien & Kommunikationswissenschaft, 51(2), 250-270.
- Eisenegger, M. (2005): Reputation in der Mediengesellschaft. Konstitution – Issue Monitoring – Issue Management, Wiesbaden.
- Elwood, W. N. (1995): Public Relations is a Rhetorical Experience: the Integral Principle in Case Study Analysis. In: Ders. (Hg.): Public Relations Inquiry as Rhetorical Criticism: Case Studies of Corporate Discourse and Social Influence, Westport, 3-12.
- Ettema, J. S. (2007): Journalism as Reason-Giving: Deliberative Democracy, Institutional Accountability, and the News Media's Mission, Political Communication, 24(2), 143-160.
- European Parliament (2012): Eurobarometer 76.1. Crisis. http://www.europarl.europa.eu/pdf/eurobarometre/2011/decembre/rapport_en.pdf [30.03.2015].
- Führin, K. (2013): Der prominente Wissenschaftler. Motive für mediale Präsenz, Wiesbaden.
- Gäbler, B. (2011): „.... und unseren täglichen Talk gib uns heute!“ Inszenierungsstrategien, redaktionelle Dramaturgien und Rollen der TV-Polit-Talkshows, OBS-Arbeitsheft 68, Frankfurt a. M.
- Girth, H./Michel, S. (Hg.) (2015): Polit-Talkshows. Interdisziplinäre Perspektiven auf ein multimodales Format, Stuttgart.

- Green-Pedersen, C. (2012): A Giant Fast Asleep? Party Incentives and the Politicisation of European Integration, *Political Studies*, 60(1), 115-130.
- Guinaudeau, I./Persico, S. (2013): What is Issue Competition? Conflict, Consensus and Issue Ownership in Party Competition, *Journal of Elections, Public Opinion and Parties*, 24(3), 312-333.
- Habermas, J. (2011): *Zur Verfassung Europas. Ein Essay*, Berlin.
- Häusler, A. (2013): Die „Alternative für Deutschland“ – eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Deutungen zur vertiefenden Auseinandersetzung, Heinrich Böll Stiftung, http://www.boell-nrw.de/sites/default/files/afd_studie_forena_hbs_nrw.pdf [30.03.2015].
- Heinemann, F. (2013): Zwischen „Kernschmelze“ und „Fass ohne Boden“ – zum Dissens deutscher Ökonomen in der Schuldenkrise, *Zeitschrift für Politik*, 60(2), 207-219.
- Helbling, M./Hoeglinger, D./Wüest, B. (2010): How Political Parties Frame European Integration, *European Journal of Political Research*, 49(4), 496-521.
- Hepp, A./Brüggemann, M./Kleinhenz-von Königslöw, K./Lingenberg, S./Möller, J. (2012): Politische Diskurskulturen in Europa. Die Mehrfachsegmentierung europäischer Öffentlichkeit, Wiesbaden.
- Herrmann, S. (2012): Kommunikation bei Krisenausbruch. Wirkung von Krisen-PR und Koordinierung auf die journalistische Wahrnehmung, Wiesbaden.
- Hitzler, R./Honer, A./Maeder, C. (1994): Vorwort. In: Dies. (Hg.): *Expertenwissen. Die institutionalisierte Kompetenz zur Konstruktion von Wirklichkeit*. Opladen, 5-7.
- Hooghe, L./Marks, G. (2009): A Postfunctionalist Theory of European Integration. From Permissive Consensus to Constraining Dissensus, *British Journal of Political Science*, 39(1), 1-23.
- Hooghe, L./Marks, G. (2013): Politicization. In: Jones, E./Weatherill, S./Menon, A. (Hg.): *Handbook on the European Union*, Oxford, 840-853.
- Hooghe, L./Marks, G./Wilson, C. J. (2002): Does Left/Right Structure Party Positions on European Integration?, *Comparative Political Studies*, 3(8), 965-989.
- Huber, B. (2014): Öffentliche Experten. Über die Medienpräsenz von Fachleuten, Wiesbaden.
- Hurrelmann, A./Gora, A./Wagner, A. (2015): The Politicization of European Integration. More than an Elite Affair?, *Political Studies*, 63(1), 43-59.
- Illing, F. (2013): Die Euro-Krise. Analyse der europäischen Strukturstörung, Wiesbaden.
- Klemm, M. (2015): Wenn Politik auf Einspielfilme trifft. Zur multimodalen Argumentation in der politischen Fernsehdiskussion Hart aber fair. In: Girth, H./Michel, S. (Hg.): *Polit-Talkshows. Interdisziplinäre Perspektiven auf ein multimodales Format*, Stuttgart, 97-120.
- Koopmans, R./Erbe, J./Meyer, M. F. (2010): The Europeanization of Public Spheres: Comparisons across Issues, Time, and Countries. In: Koopmans, R./Statham, P. (Hg.): *The Making of a European Public Sphere. Media Discourse and Political Contention*, New York, 63-96.
- Krämer, W./Sinn, H.-W. (2012): Der offene Brief der Ökonomen im Wortlaut, Frankfurter Allgemeine Zeitung, <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/protestaufruf-der-offene-brief-der-oekonomen-im-wortlaut-11810652.html> [30.03.2015].
- Kriesi, H./Grande, E./Lachat, R./Dolezal, M./Bornschier, S./Frey, T. (2006): Globalization and the Transformation of the National Political Space. Six European Countries Compared, *European Journal of Political Research*, 45(6), 921-956.
- Lepsius, M. R. (2013): In welchen Krisen befindet sich die Europäische Union?, *Zeitschrift für Politik*, 60(2), 182-193.
- Lichtenstein, D. (2012): Auf der Suche nach Europa: Identitätskonstruktionen und das integrative Potential von Identitätskrisen, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 62(4), 3-7.
- Löblich, M. (2011): Frames in der medienpolitischen Öffentlichkeit. Die Presseberichterstattung über den 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag, *Publizistik*, 56(4), 423-439.
- Maeße, J. (2012): Ökonomisches Expertentum und transversale Öffentlichkeit. In: Pelzer, A./Lämmle, K./Wagenknecht, A. (Hg.): *Krise, Cash & Kommunikation. Die Finanzkrise in den Medien*, Konstanz, 113-137.
- Mast, C. (2013): Die Bürger sind hungrig nach Informationen zur Euro-Rettungspolitik, *Der Hauptstadtbrieft*, 15(5), 26-27.
- Matthes, J. (2012): Framing Politics. An Integrative Approach, *American Behavioral Scientist*, 56(3), 247-259.

- Maurer, M. (2011): Wie Journalisten mit Ungewissheit umgehen. Eine Untersuchung am Beispiel der Berichterstattung über die Folgen des Klimawandels, *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 59(1), 60-74.
- Miklin, E. (2014): From 'Sleepin Giant' to Left-Right Politicization? National Party Competition on the EU and the Euro Crisis, *Journal of Common Market Studies*, 52(6), 1199-1206.
- Nölleke, D. (2013): Experten im Journalismus. Systemtheoretischer Entwurf und empirische Be-standsaunahme, Baden-Baden.
- Nolting, T./Thießen, A. (2008): Krisenmanagement in der Mediengesellschaft. In: Dies. (Hg.): Krisenmanagement in der Mediengesellschaft. Potenziale und Perspektiven der Krisenkommunikation, Wiesbaden, 7-18.
- Peters, H. P./Heinrichs, H. (2005): Öffentliche Kommunikation über Klimawandel und Sturmflutrisiken. Bedeutungskonstruktion durch Experten, Journalisten und Bürger, Jülich.
- Pfetsch, B./Heft, A. (2015): Theorizing Communication Flows within a European Public Sphere. In: Risse, T. (Hg.): European Public Spheres. Politics Is Back, Cambridge, 29-52.
- Quiring, O. (2013): Soziale Marktwirtschaft zwischen freiem Spiel der Marktkräfte und Staatsintervention. In: Quiring, O./Kepplinger, H. M./Weber, M./Geiß, S. (Hg.): Lehman Brothers und die Folgen. Berichterstattung zu wirtschaftlichen Interventionen des Staates, Wiesbaden, 27-35.
- Risse, T. (2015): European Public Spheres, the Politicization of EU Affairs, and Its Consequences. In: Ders. (Hg.): European Public Spheres. Politics Is Back, Cambridge, 141-164.
- Risse, T. (2010): A Community of Europeans? Transnational Identities and Public Spheres, London.
- Ruhrmann, G. (1998): Politische Kommunikation als Risikokommunikation. In: Jarren, O./Sarcinelli, U./Saxer, U. (Hg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft, Wiesbaden, 369-375.
- Sarrazin, T. (2012): Europa braucht den Euro nicht. Wie uns politisches Wunschdenken in die Krise geführt hat, München.
- Schicha, C. (2005): „Europa“ in politischen Fernsehgesprächssendungen. Eine exemplarische Be- trachtung von „Sabine Christiansen“ und „Berlin Mitte“. In: Tenscher, J. (Hg.): Wahl-Kampf um Europa. Analysen aus Anlass der Wahlen zum Europäischen Parlament 2004, Wiesbaden, 177-194.
- Schultz, T. (2006): Geschwätz oder Diskurs? Rationalität politischer Talkshows im Fernsehen, Köln.
- Schütz-Ierace, M. (2009): Expertise in der Politik-Berichterstattung. Theoretischer Rahmen und Inhaltsanalyse Schweizer Printmedien, *Zeitschrift für Politikberatung*, 2(3), 405-425.
- Sellnow, T. L./Seeger, M. W. (2013): Theorizing Crisis Communication, Oxford.
- Statham, P./Koopmans, R. (2009): Political Party Contestation over Europe in the Mass Media: Who Criticizes Europe, How, and Why?, *European Political Science Review*, 1(3), 435-463.
- Statham, P./Trenz, H.-J. (2013): The Politicization of Europe. Contesting the Constitution in the Mass Media, New York.
- Steele, J. E. (1995): Experts and the Operational Bias of Television News. The Case of the Persian Gulf War, *Journalism and Mass Communication Quarterly*, 72(4), 799-812.
- Szczerbiak, A./Taggart, P. (2008): Introduction. Researching Euroscepticism in European Party Systems: A Comparative and Theoretical Research Agenda. In: Dies. (Hg.): Opposing Europe? The Comparative Party Politics of Euroscepticism. Bd. 1., Case Studies and Country Surveys, Oxford, 1-27.
- Trenz, H.-J. (2004): Media Coverage on European Governance. Exploring the European Public Sphere in National Quality Newspapers, *European Journal of Communication*, 19(3), 291-319.
- Wessler, H./Schultz, T. (2007): Can the Mass Media Deliberate? Insights from Print Media and Political Talk Shows. In: Butsch, R. (Hg.): Media and Public Spheres, Basingstoke, 15-27.
- Wimmel, A. (2012): Deutsche Parteien in der Euro-Krise: Das Ende des Konsens-Prinzips?, Inte- gration, 35(1), 19-34.
- Wimmel, A./Edwards, E. (2011): The Return of the 'Social Europe': Ideas and Positions of German Parties towards the Future of European Integration, *German Politics*, 20(2), 293-314.
- Zapf-Schramm, T. (2013): Die Eurokrise in den Fernsehnachrichten. Sonderauswertung des Info- Monitors 2009 bis 2012, Media Perspektiven, o. J. (3), 165-184.

Zubayr, C./Gerhard, H. (2014): Fernsehgewohnheiten und Fernsehreichweiten im Jahr 2013. Tendenzen im Zuschauerverhalten, Media Perspektiven, o. J. (3), 145-158.

Anhang

Tabelle 3: Verteilung der artikulierten Frames nach Sprechern, Angaben in Prozent

| | Wirtschaftliche Krisenframes | | | | Institutionelle Krisenframes | | | |
|--|------------------------------|-----------------------|-------------------------------|---------------|------------------------------|-----------------------------|-----------------------------------|-------------------|
| | wirtschaftsliberal | | sozialregulativ | | | | | |
| | Wirtschafts-krise | Staats-schulden-krise | Banken- und Im-mobilien-krise | Soziale Krise | Euro-krise | Krise der EU-Insti-tutionen | Solidari-täts- und Friedens-krise | Demokra-tiekrisse |
| Regierung (n=143) | 22,4 | 21,7 | 8,4 | 1,2 | 11,2 | 14,7 | 4,9 | 15,4 |
| CDU (n=82) | 20,7 | 26,8 | 6,1 | - | 8,5 | 13,4 | 4,9 | 19,5 |
| CSU (n=2) | 50,0 | - | - | - | - | - | - | 50,0 |
| FDP (n=59) | 22,0 | 16,9 | 11,9 | 3,4 | 15,3 | 16,9 | 5,1 | 8,5 |
| Opposition (n=83) | 16,9 | 15,7 | 24,1 | 6,0 | 12,0 | 12,0 | 6,0 | 7,2 |
| SPD (n=40) | 17,5 | 17,5 | 17,5 | 5,0 | 5,0 | 22,5 | 5,0 | 10,0 |
| Grüne (n=13) | 15,4 | 15,4 | 23,1 | 7,7 | 23,1 | 7,7 | 7,7 | - |
| Linke (n=30) | 13,3 | 16,7 | 33,3 | 6,7 | 16,7 | - | 6,7 | 6,7 |
| AfD (n=10) | 10,0 | - | - | 10,0 | 20,0 | - | 60,0 | - |
| Politikexperten (n=174) | 11,5 | 22,4 | 14,4 | 1,7 | 10,3 | 10,3 | 13,2 | 16,1 |
| Wissen-schaft (n=13) | 23,1 | 7,7 | 7,7 | 7,7 | 15,4 | - | 30,8 | 7,7 |
| Journalis-mus (n=67) | 29,9 | 11,9 | 14,9 | 3,0 | 3,0 | 4,5 | 11,9 | 20,9 |
| Praxis (n=94) | 17,0 | 11,7 | 14,9 | - | 14,9 | 16,0 | 11,7 | 13,8 |
| Wirtschafts-experten (n=227) | 8,4 | 25,1 | 15,4 | 0,4 | 25,1 | 8,4 | 9,3 | 7,9 |
| Wissen-schaft (n=76) | 18,4 | 6,6 | 14,5 | - | 35,5 | 7,9 | 6,6 | 10,5 |
| Journalis-mus (n=73) | 23,3 | 11,0 | 23,3 | - | 19,2 | 5,5 | 15,1 | 2,7 |
| Praxis (n=78) | 33,3 | 7,7 | 9,0 | 1,3 | 20,5 | 11,5 | 6,4 | 10,3 |
| Gesamt (n=637) | 13,5 | 22,0 | 14,4 | 1,9 | 16,2 | 10,7 | 9,7 | 11,6 |

Tabelle 4: Bewertungen der Lösungsmaßnahmen in der Krise durch die Sprecher

| | wirtschaftsliberale Maßnahmen | | | | sozialregulative Maßnahmen | | solidarische Maßnahmen | | institutionelle Maßnahmen | |
|----------------------|-------------------------------|-----|----------------|----|----------------------------|----|-------------------------------------|-----|---------------------------|-----|
| | Banken stabilisieren (n=433) | | Sparen (n=246) | | Wachstum (n=75) | | Rettungspakete und -schirme (n=505) | | EU vertiefen (n=491) | |
| | MW | n | MW | n | MW | n | MW | n | MW | n |
| Regierung | -.24 | 98 | .67 | 68 | .00 | 14 | .30 | 147 | .54 | 129 |
| SPD | -.91 | 21 | -.15 | 13 | 1 | 4 | .33 | 27 | .77 | 13 |
| Grüne | -1 | 21 | -.60 | 5 | -.20 | 5 | .56 | 25 | .83 | 12 |
| Linke | -.89 | 80 | -.92 | 25 | .50 | 4 | -.13 | 31 | .42 | 24 |
| AfD | -1 | 1 | - | - | - | - | 1 | 1 | -1 | 6 |
| Politik-experten | -.60 | 63 | -.07 | 56 | .87 | 15 | .03 | 121 | .29 | 104 |
| Wissen-schaft | -1 | 1 | -.50 | 2 | 1 | 2 | -.56 | 9 | -.80 | 10 |
| Journa-lismus | -.46 | 26 | -.09 | 33 | .75 | 8 | .03 | 39 | .35 | 31 |
| Praxis | -.69 | 36 | .00 | 21 | 1 | 5 | .11 | 73 | .43 | 63 |
| Wirtschafts-experten | -.40 | 149 | -.23 | 79 | -.27 | 33 | -.44 | 153 | -.33 | 203 |
| Wissen-schaft | -.55 | 58 | -.74 | 27 | -.33 | 18 | -.34 | 44 | -.61 | 80 |
| Journa-lismus | -.65 | 40 | -.54 | 26 | 0 | 4 | -.65 | 51 | .06 | 64 |
| Praxis | -.04 | 51 | .62 | 26 | -.27 | 11 | -.34 | 58 | -.37 | 59 |